

Liechtensteiner Volksblatt



Redaktion: Telefon 075/2 49 49/50

Mit den amtlichen Publikationen

109. Jahrgang - Nr. 129

Umfahrung oder Entlastung?

Worüber entscheiden die Stimmbürger am 17. und 19. September

In gut drei Wochen, am 17. und 19. September findet die Volksabstimmung über die Umfahrungrasse Schaan-Vaduz statt. Genauer: die liechtensteinischen Stimmbürger müssen darüber entscheiden, ob sie den vom Landtag einstimmig bewilligten Verpflichtungskredit von mehr als 30 Millionen Franken (verteilt auf etwa 5 Jahre) für den Bau der Entlastungsstrasse ebenfalls gutheissen oder verwerfen wollen.

Wie bereits mehrfach angekündigt, werden wir uns in den nächsten drei Wochen eingehend mit dem Thema der Volksabstimmung befassen und uns bemühen möglichst viele Mitbürger aus den verschiedensten Schichten und Lagern unserer Bevölkerung zu Wort kommen lassen, Befürworter des Projektes ebenso wie Kritiker. Ziel des vorliegenden Beitrages soll es sein, die Rolle zu definieren, die einer künftigen Umfahrungrasse zugeordnet ist.

Das Strassenbauprojekt hat sich mit dem Begriff «Umfahrungrasse» in unserem Bewusstsein eingebürgert. Unter dieser Bezeichnung wurde das ursprüngliche Projekt, das zu Beginn der siebziger Jahre vorgestellt wurde auch «geboren». Die liechtensteinischen Ortschaften sollten in der Tat umfahren werden, und zwar (im Endausbau bis in die späten achtziger Jahre) vierspurig von Schaanwald bis Balzers. Gleichzeitig sollte die Umfahrungrasse eine Entlastung der Ortskerne vom Durchgangsverkehr bringen. Sie sollte also Umfahrungrasse und Entlastungsstrasse zugleich werden.

Rückbesinnung und Redimensionierung

Nicht nur der später einsetzende Konjunkturreinbruch, der von der sogenannten Oelkrise im Dezember 1973 ausgelöst wurde, sondern die generelle Abkehr vom kritiklosen Fortschrittsdenken hat dann zu einer deutlichen Rückbesinnung geführt. Gingen die Verkehrsplaner in den sechziger Jahren (nicht nur in Liechtenstein) fast ausschliesslich von den Wachstumsraten bei den Motorfahrzeugen aus, denen praktisch jedes Verkehrskonzept untergeordnet wurde, so wurden die späteren Konzepte vor allem auch unter dem Aspekt der Lebensqualität und des Umweltschutzes neu überdacht. Aufgrund dieser neuen Situation kehrte man dann auch in Liechtenstein wieder zu realistischen Projekten zurück und redimensionierte das Projekt der Umfahrungrasse auf das absolute Minimum: auf eine normale Zweispurstrasse, die mehr den Charakter einer Entlastungsstrasse als einer Umfahrungrasse hat.

Der vorgezogene N-13-Ausbau

In diese Phase der Projektierung unseres Entlastungsstrassen-Projektes fiel die Entscheidung unserer Schweizer Nachbarn, die Autobahnücke zwischen Trübbach und Haag nicht wie ursprünglich vorgesehen erst Mitte der achtziger Jahre, sondern bereits bis Ende dieses Jahrzehnts zu schliessen. Der vorgezogene Ausbau der N-13 wird, darüber besteht kein Zweifel, auch eine Entlastung unseres Durchgangsverkehrs bringen. Es ist daher verständlich, dass viele Mitbürger die Entscheidung über den Bau der Entlastungsstrasse Schaan-Vaduz lieber hinausschieben und die verkehrsmässigen Auswirkungen der N-13 abwarten möchten. Befürwor-



ter der Entlastungsstrasse (und dazu zählen vor allem die geplagten Einwohner der Ortszentren von Vaduz und Schaan) fürchten mit Recht, dass sich der vorgezogene N-13-Zusammenschluss negativ auf das Abstimmungsergebnis auswirken könnte.

Entlastungsstrasse als Vorverteiler

Fachleute schwächen das Argument mit dem Zusammenschluss der N-13 insofern klar ab, als sie der künftigen Entlastungsstrasse auch die wichtige Rolle eines Vorverteilers in der Zu- und Abfahrt zur und von der Autobahn jenseits des Rheines zuerkennen. Sie unterstreichen, dass man den zeitweilig sicher starken Zustrom von der Autobahn N-13 nach Liechtenstein vor allem auch über die Entlastungsstrasse flüssig

abnehmen und so verteilen könne, dass Verkehrsstauungen weitestgehend vermieden werden. Umgekehrt könnte die künftige Entlastungsstrasse auch für den liechtensteinischen Automobilisten, der aus dem Raum Schaan-Vaduz den Weg auf die Autobahn sucht, eine bequeme und schnelle Lösung darstellen. Von der Autobahn kommend, fährt er umgekehrt zuerst auf die Entlastungsstrasse und verlässt sie erst bei der Querverbindung, die seinem Endziel am nächsten liegt.

Ueberwiegender Negativ-Trend?

Hört man sich in der Bevölkerung um, so scheint man dem einhellig gefassten Landtagsbeschluss betreffend den Verpflichtungskredit für die Umfahrungrasse am 19. September keine allzugrossen Chancen einzuräumen. Die Pessimisten fin-

den sich in allen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass sich die engagierten Befürworter ebenso aus allen Lagern rekrutieren und die Argumente für den Bau der Entlastungsstrasse ebenso ernst genommen werden müssen, wie die kritischen Stimmen.

(Weitere Beiträge zur Volksabstimmung am 17./19. September folgen.)

Arbeitslose Ausländer in der Schweiz:

Abbau stösst auf Grenzen

Zu einem Bericht der Eid. Konsultativkommission

Nach Ansicht der Eidg. Konsultativkommission für das Ausländerproblem (EKA) drohen Massnahmen zum Schutze der einheimischen Arbeitskräfte die Rezession eher zu verstärken, weil m. den Ausländern zugleich Steuerzahler und meist auch weitere Konsumenten ausreisen. Es könnte sich deshalb als zweckmässig erweisen, Ausländer während beschränkter Zeit mit Arbeitslosen-Taggeldern «durchzuhalten».

Ein am Montag veröffentlichter EKA-Bericht über die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen der bundesrätlichen Ausländerpolitik hält im übrigen fest, ein nächster Aufschwung der Konjunktur dürfe nicht wiederum zu einem Sog nach ausländischen Arbeitskräften führen: Die künftige Ausländerpolitik habe sich vielmehr am Ziel einer möglichst harmonischen Wirtschaftsentwicklung unter der Voraussetzung eines zahlenmässig begrenzten Arbeitsmarktes zu orientieren.

so heisst es weiter, stosse im übrigen auf enge Grenzen: «Viele Ausländer sind in unserer Wirtschaft auch weiterhin unentbehrlich, weil sie Schlüsselpositionen einnehmen, von deren Funktionen die Beschäftigten einheimischer Arbeitskräfte abhängt.»

Gegen Rückwanderungsprämien

Mittelfristig, d. h. für die nächsten zwei bis fünf Jahre, rechnen die Experten mit einem wirtschaftlichen Aufschwung, der schwach und selektiv ausfallen wird. Entsprechend hält es der Bericht der EKA für wirtschaftlich sinnvoll, zuerst die verfügbaren Schweizer und langjährig hier tätigen Ausländer zu placieren. Die Neueinreise von Ausländern könnte dann im Rahmen gegebener Globalplafonds lediglich zur Besetzung noch offener Stellen dienen und so zur Eindämmung eines neuen inflationären Schubs beitragen.

Solange nicht bekannt ist, wie viele Fremdarbeiter bei einem be-

vorstehenden Aufschwung benötigt werden, sollte die Ausländerzahl nach Ansicht der Arbeitsgruppe in nächster Zeit nicht durch Abgangsentscheidungen bzw. Rückwanderungsprämien und behördliche «Wegweisungen» zusätzlich — über die freiwillige Rückwanderung hinaus — vermindert werden.

Was die Fremdarbeiterplafonds angeht, so könnten sie laut Bericht — unter Wahrung der Gebote der Menschlichkeit — sukzessive so weit herabgesetzt werden, als die Zahl der ausgerüsteten Arbeitsplätze im Gefolge der Rezession ohnehin sinkt. Ein Abbau der Ausländerzahl habe dabei «stetig und für die Wirtschaft voraussehbar» zu erfolgen. Eine dergestalt auf gesamtwirtschaftliche Stabilitätspolitik abgestimmte Reduktion des Ausländerbestandes könnte — langfristig (über zehn und mehr Jahre) betrachtet — positive Auswirkungen zeitigen, heisst es weiter in der Studie: Damit würde ein Zwang zur Rationalisierung ausgelöst, und manche

Regional-Spital

Erweiterungsbauten in Grabs beendet

Die im Jahre 1972 begonnenen Um- und Erweiterungsbauten im Kantonalen Spital Grabs (SG) stehen vor ihrem unmittelbaren Abschluss. Nachdem der neue Spitaltrakt bereits im Dezember vergangenen Jahres bezogen werden konnte, kann der Betrieb nun in wenigen Wochen auch in den renovierten, alten Gebäudeteilen wieder aufgenommen werden. Das Bau- und Sanitätsdepartement des Kantons St. Gallen hat auf Freitag, den 24. September eine Einweihungsfeier angesetzt. In den dazu ergangenen Einladungen wird das Kantonale Spital St. Gallen ausdrücklich als «Regionalspital» bezeichnet, was eine weitere Betonung des Einbezugs auch unseres Landes in das Versorgungsgebiet des Grabser Krankenhauses darstellt.

Schweiz/Liechtenstein

Gesellschaft tagt im September in Vaduz

Die Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein tritt am 17. September zu ihrer nächsten Mitgliederversammlung in Vaduz zusammen. Tagungsort ist die Liechtensteinische Musikschule. Im Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung sind Besichtigungen der Musikschule und des Kardinal-Mindszenty-Museums, sowie (bei guter Witterung) eine Fahrt nach Gaflei vorgesehen. Gleichzeitig mit der Einladung zur Tagung in Vaduz erhielten die Mitglieder der Gesellschaft auch den neuesten Band (Nr. 2) aus der Schriftenreihe der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein. Er enthält zwei kulturhistorische Beiträge auch den neuesten Beiträge. Kabinettsdirektor a. D., Dr. G. Wilhelm, schildert «Das Werden der Fürstlich-Liechtensteinischen Gemäldergalerie. Dr. Walter Lendi, Leiter der Kulturpflege des Kantons St. Gallen erzählt darin die Geschichte des Schlosses Werdenberg in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Schweizer müssten bei relativer Verknappung der Arbeitskraft Arbeiten übernehmen, die bisher von Ausländern ausgeübt worden sind.

Neue Fremdarbeiter: Erst in zweiter Linie

Hauptaufgabe der Arbeitsmarktpolitik sei es, hält der Bericht abschliessend fest, die Vollbeschäftigung «jedenfalls der Schweizer und niedergelassenen Ausländer» sicherzustellen. Diesem Ziel dienen Ausbildung, Umschulung und Steigerung der Mobilität. Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt sollten soweit als möglich durch den Einsatz von Frauen, Pensionierten, Schülern und Studenten, erst in zweiter Linie durch Zulassung neuer Fremdarbeiter aufgefangen werden. Eine solche Politik erübrige es, einen konjunkturellen Beschäftigungseinbruch durch einen forcierten Ausländerabbau zu korrigieren.

